

## **Zentralverband Oberflächentechnik e.V.: Für ein praxisnahes und mittelstandsfreundliches Omnibusverfahren Umwelt- und Chemikalienpolitik**

### **Präambel**

Europa steht am Scheideweg: Zwischen dem Anspruch, Umwelt- und Wirtschaftsstandards global zu setzen, und der Realität wachsender wirtschaftlicher Belastungen für produzierende Unternehmen am Standort EU.

Der Zentralverband Oberflächentechnik e.V. (ZVO) begrüßt daher ausdrücklich das Omnibusverfahren der Europäischen Kommission zur Stärkung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit.

Doch der bisher vorgelegte Vorschlagskatalog bleibt in zentralen Punkten hinter den dringenden politischen Erfordernissen zurück. Die Transformation kann nur gelingen, wenn ökologische Zielsetzungen mit industriepolitischem Realismus und technologischer Machbarkeit zusammengeführt werden.

Es bedarf daher einiger Änderungen in den für die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie entscheidenden Politikfeldern.

### **1. Energie- und Feedstockkosten: Industriepolitisch ernst machen**

Die dramatisch gestiegenen Energie- und Rohstoffkosten gefährden die industrielle Substanz Europas. Die Kommission hat mit ihrem Aktionsplan zur Reduzierung der Energie- und Feedstockkosten einen wichtigen Schritt angekündigt – dieser muss nun zügig in konkrete Maßnahmen überführt werden. Für die unverzichtbaren strom- und gasintensiven KMU der Oberflächentechnik (als Querschnittsbranche) sind die gestiegenen Energiekosten teils existenzbedrohend geworden.

#### **Der ZVO fordert daher:**

- eine strukturelle Senkung der Gasimportkosten durch strategische Diversifikation,
- eine politische Absicherung zur Unterstützung der Aufrechterhaltung globaler Lieferketten, etwa durch strategische Energie- und Rohstoffpartnerschaften, handelspolitische Flankierung auf EU-Ebene, Investitionsgarantien sowie den Aufbau resilienter Transport- und Importinfrastrukturen.

- eine klare industriepolitische Priorisierung der Versorgungssicherheit für das produzierende Gewerbe,
- den verstärkten Ausbau alternativer gasförmiger/molekülbasierter Energieträger.

## **2. Kritische Chemikalien: Versorgungssicherheit braucht Pragmatismus**

Die EU muss resilienter werden – das gilt auch für chemische Vorprodukte. Die Pläne der Kommission greifen bislang zu kurz. Für die Oberflächentechnik als Querschnittsbranche ist die Verfügbarkeit von spezifischen Chemikalien essenziell, da Beschichtungen, Passivierungen, Versiegelungen und Reinigungsprozesse ohne definierte Stoffgruppen nicht durchführbar sind. Bereits heute bestehen hohe Importabhängigkeiten – etwa bei bestimmten Spezialchemikalien, Vorprodukten aus den USA oder Asien sowie bei Grundstoffen, die in Europa kaum noch hergestellt werden.

### **Der ZVO fordert:**

- eine belastbare Bestandsaufnahme chemischer Importabhängigkeiten,
- gezielte Schutzstrategien für KMU entlang der gesamten industriellen Wertschöpfung,
- den Aufbau europäischer Sicherheitskapazitäten für definierte Stoff- bzw. Prozessgruppen, z.B. chemische Produkte für Beschichtungen, Passivierungen, Versiegelungen sowie Reinigungsprozesse.

## **3. PFAS: Pauschale Verbote, Nein! Schutz ja!**

Ein undifferenziertes PFAS-Verbot ohne industriepolitische Folgenabschätzung würde nicht nur die Großkonzerne der chemischen Industrie, sondern insbesondere auch Mittelständler in der chemischen Industrie wie bspw. unsere Mitgliedsunternehmen in der Oberflächentechnik existenziell treffen.

### **Der ZVO fordert:**

- differenzierte Risikobewertungen statt pauschaler Regulierungen,
- Verfügbarkeit marktfähiger, validierter Ersatzstoffe vor übereilten regulatorischen Einschnitten,
- realistische, an der tatsächlichen Entwicklung orientierte Übergangsfristen mit industriefinanzierten Pilotphasen.

## **4. REACH & Omnibus: Bürokratieabbau nicht nur versprechen – liefern!**

Die angekündigte Entlastung im Rahmen der Omnibuspakete ist ein wichtiges Signal. Doch solange REACH-Prozesse und Berichtswesen durch zunehmende Komplexität faktisch zu einem Investitionshemmnis werden, bleibt sie wirkungslos.

### **Der ZVO fordert:**

- eine entschlackte REACH-Revision mit Fokus auf Risikorelevanz durch objektive Epidemiologie und Verhältnismäßigkeit statt undifferenziertem Formalismus,
- pragmatische Schwellenwerte für Kleinmengen,
- interoperable, digitale Schnittstellen und generalisierte Datenplattformen zur Reduzierung der Meldekomplexität.

## **5. Kreislaufwirtschaft & CO<sub>2</sub>-Bilanzierung: Lebensdauer muss zählen**

Oberflächentechnik verlängert Lebenszyklen – das ist ein industrieller Beitrag zu echter Nachhaltigkeit. Zirkuläre und langlebige Produkte bieten eine erhebliche Emissionsminderung und steigern die Ressourceneffizienz. Doch das bestehende Regime des Emissionshandels ignoriert diesen Vorteil systematisch.

### **Der ZVO fordert:**

- die Einführung einer produktlebenszyklusbezogenen Emissionsbewertung (cradle-to-grave Ansatz),
- die Berücksichtigung der Langlebigkeit von Produkten im ETS,
- steuerliche Anreize für geschlossene Stoffkreisläufe in der Fertigung, auch über Stoffkreislaufketten.

## **6. Innovationshubs & Förderung: Mittelstand mitdenken und nicht übergehen**

Forschung und Entwicklung sind ein strategischer Schlüssel zur Standortsicherung. Die Stärkung der Innovation durch Hubs und eine verstärkte Förderung sind grundsätzlich richtig. Doch diese Instrumente brauchen die unmittelbare Nähe zur Industrie. Dies kann nur durch die direkte Kooperation mit den Unternehmen vor Ort gelingen.

**Der ZVO begrüßt das Konzept innovationsorientierter Forschungshubs – warnt jedoch ausdrücklich vor Fehlentwicklungen:**

- **Abbau wissenschaftlicher Unabhängigkeit darf keine Folge sein:** Forschung lebt von kritischer Distanz und ergebnisoffenen Ansätzen. Politische Steuerung darf die inhaltliche Freiheit nicht einschränken.
- **Bürokratieaufbau und Kostenlast:** Neue Verwaltungsstrukturen binden erhebliche Mittel, die nicht in die Forschung, sondern in die Verwaltung fließen.
- **Technologievorauswahl durch Politik:** Eine enge thematische Steuerung widerspricht der notwendigen Technologieoffenheit.
- **Politisch orientierte Vergabe von Fördermitteln:** Forschungsfinanzierung darf nicht durch politische Opportunitäten verzerrt werden.
- **Fachkräftefehlallokation:** Entweder gehen hochqualifizierte Forscher in formale Hierarchien verloren, oder es entstehen neue Ebenen ohne ausreichende Expertise – Erfahrungen mit Gremien wie CARACAL, RAC, SEAC, Artikel-75-Forum, Artikel-13-Forum, Technical Working Groups, EU-Brite, Group of Chief Scientific Advisors, National Contact Points oder dem Europäischen Forschungsrat zeigen dies bereits.
- **Prinzipielle Frage nach dem Innovationsbegriff:** Forschungseinrichtungen sind per se innovationsorientiert. Innovation entsteht nicht durch Vorauswahl durch Verwaltungsstrukturen, sondern durch unvorhersehbare Ideen aus der Wissenschaft.
- **Problematische Clusterbildung:** Neue Cluster dürfen nicht im Widerspruch zu gewachsenen Forschungsstrukturen stehen oder Parallelstrukturen schaffen. Europa hat bereits eine Vielzahl von Forschungs- und Kompetenzzentren. Diese müssen nicht neu verwaltet, sondern gezielter und effizienter gefördert werden.

**Der ZVO fordert daher:**

- eine technologiespezifische Clusterung (z. B. Grenzflächenchemie, PFAS-Substitution, emissionsarme Beschichtung),
- die systematische Einbindung mittelständischer Praxispartner sowie Erleichterungen beim Zugang zu Fördermitteln für Kooperationen,
- eine Stärkung von Demonstrationsprojekten und skalierbaren Pilotanwendungen, um Praxistauglichkeit und Wirtschaftlichkeit frühzeitig zu belegen,
- eine konsequente Nutzung und Straffung vorhandener F&E-Strukturen (Universitäten, Institute, Verbände), statt neuer Hierarchieebenen.

## **Fazit: Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit zusammendenken**

Der europäische Industriestandort braucht konkrete industriepolitische Hebel statt bloßer Ankündigungen. Er braucht belastbare, praxistaugliche und differenzierte Instrumente.

**Der ZVO sieht im Omnibusverfahren ein strategisches Momentum – doch es bedarf klarer Nachsteuerungen:**

- **Mittelstand adressieren:** Politische Maßnahmen müssen explizit auf KMU zugeschnitten werden.
- **PFAS differenziert behandeln:** Kein Verbot ohne Ersatz und keine Substitution ohne Tragfähigkeit.
- **Bürokratie abbauen:** Digitalisieren, standardisieren, vereinfachen.
- **Praxis einbinden:** Innovationspolitik muss realitäts- und unternehmensnah ausgestaltet werden.
- **Forschung vorantreiben:** Vorhandene F&E Strukturen stärker nutzen (Universitäten, ggf. Forschungsinstitute).

**Der Zentralverband Oberflächentechnik e.V. steht bereit, seine industriepolitische Expertise und das Know-how seiner Mitgliedsunternehmen aktiv in den weiteren Dialog mit Kommission und Parlament einzubringen.**

### **Ansprechpartner**

Für Rückfragen und vertiefende Gespräche stehen Ihnen gerne zur Verfügung:

- **Lukas Hanstein**, Leiter Politik  
[l.hanstein@zvo.org](mailto:l.hanstein@zvo.org)  
+49 15111123821
- **Dr. Malte Zimmer**, Ressortleiter Umwelt-&Chemikalienpolitik  
[m.zimmer@zvo.org](mailto:m.zimmer@zvo.org)  
+49 160 6258061